



Bunte Liste Lindau, c/o Daniel Obermayr

Pressemitteilung zur geplanten Fusion der Sparkasse LI-MM-MN und der KSP Augsburg

Ein richtiger Knalleffekt war es, als die Absicht erklärt wurde, die beiden Sparkassen zu fusionieren. Bisher war davon nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Wir erfuhren im Stadtrat am 20.4. davon, am 22. wurde es öffentlich bekannt gegeben und bereits am 20.5. sollen Stadt und Kreis Lindau in einer gemeinsamen Gremiensitzung die Fusion förmlich beschließen.

Am 11. 5. wird Sparkassenvorstand Thomas Munding - natürlich nichtöffentlich - zu einem „informellen Austausch“ zur Verfügung stehen. Andere, unabhängige Informations- und Beratungsmöglichkeiten zur Entscheidungsfindung in dieser so wichtigen Frage werden uns nicht angeboten und sind in Zeiten der Pandemie auch nicht leicht zu erhalten.

Fest steht, der Ablauf ist viel zu kurzfristig. Die genehmigten Jahresabschlüsse von 2020 werden erst Ende Juni vorliegen und erst im Spätsommer veröffentlicht. Die Daten von 2019 sind überholt und für die Frage, ob unsere Sparkasse in diesem Jahr endlich eine erste Ausschüttung hätte vornehmen können, nicht relevant.

Die bisherigen Begründungen einer Fusion sind leere Worthülsen: Die gesamte Region... würde profitieren. Damit könnten ländliche Gebiete gestärkt werden. So werde die strategische und betriebswirtschaftliche Zukunft beider Häuser gesichert... Was soll das konkret bedeuten? Was sind die Alternativen?

Schon jetzt beklagen viele Kundinnen und Kunden der Sparkasse die Reduzierung des Filialnetzes und die unpersönliche telefonische Betreuung durch ein Memminger Call Center. Die Wirtschaft beklagt, dass es seit der Fusion mit Memmingen/Mindelheim viel schwieriger geworden sei, an Kredite zu kommen. Dies alles wird bestimmt nicht besser, wenn Lindau zu einem unbedeutenden Appendix der Großsparkasse Schwaben-Bodensee wird. Der stärkste Träger wird künftig der Landkreis Augsburg sein. Der Einfluss der Lindauer wird weiter schwinden, auch wenn die Lindauer Verwaltungsräte sich ihre Posten gesichert haben.

Was haben unsere Gemeinde und unser Landkreis denn überhaupt noch davon, Anteile einer Bank zu besitzen? Sie verweigert seit Jahren Ausschüttungen aus den Überschüssen an die Träger und verwahrt sich gegen jede Einflussnahme der Politik z.B. auf die Gehälter der Vorstände und der Verwaltungsräte.

Die Vorstände verdienen Gehälter, wie sie in der freien Wirtschaft üblich sind, werden aber gleichzeitig mit Pensionen bedacht, die noch aus der Zeit der Beamten stammen. Es sind in erster Linie die Sparkassenvorstände und die Verwaltungsräte, die von einer Fusion direkt profitieren. Bisher liegen die untersten Jahresgehälter für die Vorstände (also ohne zusätzliche Vergütungen) in der Größenklasse I mit 170.800 €, nach der Fusion bei Größenklasse II mit 359.800 €, also mehr als das Doppelte.

Die Verwaltungsräte erhalten nach der Fusion zwischen 250 und 500 € mehr monatlich. Dementsprechend höher sind auch die Pensionsvergütungen und -rückstellungen.

Glaubwürdig wäre die Notwendigkeit einer Fusion nur dann, wenn Vorstände und Verwaltungsrat dauerhaft darauf verzichten würden, daraus höhere Bezüge abzuleiten

Es sind noch so viele Fragen offen:

Wer hat das Gutachten im letzten Herbst in Auftrag gegeben? Wurde der Betriebsrat

dazu angehört?

Mit welchem Ergebnis?

Wie viel Pendlertätigkeit wird künftig von den Mitarbeitenden erwartet werden?

Wie viel Personal soll (durch Fluktuation) eingespart,
wie viele Filialen geschlossen werden?

Können wir uns unabhängig vom Vorstand dazu informieren lassen?

Welchen Einfluss hat die unterschiedliche Kernkapitalquote der beiden Häuser auf die
künftige Entwicklung?

Die Bunte Liste Stadtratsfraktion laden ein zu einer virtuellen Sitzung mit dem in Lindau bereits gut bekannten Sparkassenkenner Dr. Rainer Gottwald aus Landsberg. Dort war vor drei Jahren eine geplante Fusion der Sparkassen von Dachau, Fürstenfeldbruck und Landsberg am Widerstand von Bevölkerung und Kommunalpolitik gescheitert.

Herzlich eingeladen sind auch interessierte Mitglieder der weiteren Fraktionen von Stadt und Kreis, die sich unabhängig informieren wollen, sowie die Presse.

Die Sitzung findet statt am Sonntag, den 9.5. um 20 Uhr. Ein Teilnahmelink steht im Anschreiben oder kann von Daniel Obermayr angefordert werden.

Diese Entscheidung ist zu wichtig, um dermaßen unter Druck gefällt zu werden.

Dr. Ulrike Lorenz-Meyer, Lindau